

*Absender*

*Adresse Politiker / Politikerin auf kommunaler Ebene*

*Datum*

**Die völkerrechtlichen Instrumente der WHO gefährden die Souveränität der Schweiz  
Opting-out-Erklärung durch den Bundesrat**

*Sehr geehrte Frau Gemeinderätin / Sehr geehrter Herr Stadtrat*

Am 1. Juni 2024 ist die 77. Weltgesundheitsversammlung der WHO zu Ende gegangen. An dieser Zusammenkunft wurden weitreichende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) angenommen. Die Verhandlungen über einen neuen Pandemievertrag werden weitergeführt. Dieser soll spätestens an der 78. Weltgesundheitsversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden.

Möglicherweise haben Sie sich bereits mit den von der WHO geplanten neuen Regelungen befasst. Der neue Pandemievertrag und die Anpassungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV, siehe SR 0.818.103) sehen vor, die Kompetenzen der WHO in Gesundheitsfragen massiv zu erweitern. Sollten der Pandemievertrag und die Änderungen der IGV für die Schweiz in Kraft treten, hätte das einen bedrohlichen Verlust an Souveränität und demokratischer Selbstbestimmung der Schweiz und ihrer Bevölkerung zur Folge.

Sowohl die Ausrufung einer Pandemie – die wegen allem, was die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt betrifft, erfolgen kann – als auch die entsprechenden Massnahmen würden in der Hand des Generaldirektors der WHO liegen. Sein Entscheid könnte nicht hinterfragt werden. Es gibt weder nationale oder internationale Kontrollmöglichkeiten noch die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung. Die verordneten Massnahmen wie Lockdown, Test- und Impffertifikat, Impfwang, Quarantäne und Isolation, Contact Tracing etc. könnten weitreichende Auswirkungen auf Bewohner und Unternehmen auch in Ihrem Gemeindegebiet haben.

Welche Auswirkungen erwarten Sie im Falle einer von der WHO angeordneten lokalen Massnahme, z.B. einem lokalen Lockdown, der Ihre Gemeinde betrifft? Wie planen Sie damit umzugehen? Wie werden Sie sicherstellen, dass wir Einwohnerinnen und Einwohner weiterhin unserer Arbeit nachgehen können? Wie werden Sie sicherstellen, dass das lokale Gewerbe nicht geschädigt wird? Die Behörden auf kantonaler und nationaler Ebene werden sich als nicht zuständig erklären und den schwarzen Peter der WHO zuschieben.

Die Annahme der IGV durch die Weltgesundheitsversammlung bedeutet, dass die IGV am 1. Juni 2025 automatisch für die Schweiz in Kraft treten. Das hätte umfassende Auswirkungen auf uns Menschen. Ein von ABF Schweiz in Auftrag gegebenes Gutachten hält fest, dass die IGV dem Parlament unterbreitet werden müssen. Damit eine Überprüfung durch die Bundesversammlung möglich ist, hat der Bundesrat in den nächsten zehn Monaten seinen Widerspruch zu erklären und die Änderungen abzulehnen (sog. Opting-out).

**Ich bitte Sie eindringlich, im Namen der Bürgerinnen und Bürger, die Ihnen Ihr Vertretungsmandat erteilt haben, aktiv zu werden. Fordern Sie den Bundesrat und die Bundesversammlung auf, das Widerspruchsrecht zu den IGV auszuüben und die Ablehnung der Änderungen zu erklären. Setzen Sie sich dafür ein, dass der zukünftige Pandemievertrag nicht unterzeichnet wird. Das ist die Politik dem Schweizer Volk schuldig!**

Weitere Informationen zu Pandemievertrag und IGV finden Sie hier: <https://abfschweiz.ch>

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement zum Wohle Ihrer Wählerinnen und Wähler!

Freundliche Grüsse

*Unterschrift*